

Die beiden Basel wappnen sich für die Debatte über das Frühfranzösisch

Gross angelegte Umfrage Viele Primarschüler erreichen die gewünschten Leistungen im Französisch nicht. Was tun? Die beiden Basel fragen nach bei Schülern, Eltern, Lehrern und Wirtschaftsverbänden.

Sebastian Schanzer

Der Französischunterricht ist bei vielen Kindern in Deutschschweizer Primarschulen nicht nur unbeliebt, er ist offensichtlich auch nicht besonders effizient – zumindest im Hinblick auf die Lernziele: Viele Kinder können die von Politik und Bildungsexperten gewünschten Leistungen in der Fremdsprache nicht erbringen.

Nachdem das Zürcher Kantonsparlament jüngst beschlossen hat, die Französischlektionen von der fünften Primarklasse in die Sekundarstufe zu verbannen, erwarten Beobachter nun einen möglichen Dominoeffekt auf andere Kantone. Hängig sind entsprechende Vorstösse auch in den beiden Basel.

Die Baselbieter Landrätiin Anita Biedert (SVP) forderte bereits vor drei Jahren von der Regierung, den Französischunterricht in der Primarschule abzuschaffen. Ihre Motion wurde vom

Parlament damals allerdings in ein Postulat umgewandelt, das nach wie vor auf seine Erledigung wartet.

Grüne stehen hinter Frühfranzösisch

Im vergangenen Juni reichte Biedert dann eine Art Durchsetzungsmotion mit derselben Forderung ein und verwies dabei auf die «sehr schlechten Resultate» im Fach Französisch bei der Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (ÜGK) der Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen. Es dränge sich «ein zeitnahe Handeln» auf, zumal diese Fremdsprache «bei vielen Schulkindern Frust und Demotivation» auslöse, so Biedert.

Ob sich die Mehrheit der Baselbieter Parlamentarier den Zürcher Entscheid zum Vorbild nehmen wird oder nicht, ist völlig offen. Die Frage nach dem «richtigen» Zeitpunkt für den Start des Französischunterrichts ist auch in den Parteien umstrit-

ten. Das bestätigen die jeweiligen Fraktionspräsidiens der wahlstärksten Parteien SVP, SP und FDP auf Anfrage.

Einzig bei den Grünen scheint man sich über Biederts Forderung bereits jetzt weitgehend einig zu sein: «Wir finden diese Streichung nicht sinnvoll», schreibt Anna-Tina Groelly, Präsidentin der Kommission Bildung, Kultur und Sport (BKS). Man unterstütze den frühen Erwerb einer weiteren Landessprache. Zu diesem Zweck sollten beispielsweise Austauschprogramme innerhalb der Schweiz gefördert werden.

Die politische Diskussion über das Thema wird im Baselbieter Parlament allerdings noch einige Monate warten müssen. Gemeinsam mit dem Kanton Solothurn sind die beiden Basel derzeit daran, ihr Konzept für den Fremdsprachenunterricht genau zu prüfen. Eine externe Agentur führt dazu eine umfassende Befragung von Schullei-

Die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für den Start des Französischunterrichts ist auch in den Parteien umstritten.

tungen, Lehrpersonen, Elternvertretungen, Schülerinnen und Schülern sowie von Wirtschaftsverbänden durch. Zudem sollen in einem «Systematic Review» Ergebnisse von verfügbaren Studien und Evaluationen analysiert werden, wie die Regierung von Basel-Stadt bereits in ihrer Antwort auf einen Anzug von Sandra Bothe-Wenk (GLP) geschrieben hat.

Vertiefte Analyse soll 2026 vorliegen

Bothe-Wenk wollte von der Regierung wissen, ob der Erwerb der Fremdsprachen allenfalls verlegt werden könne. Etwa indem Französisch erst ab der fünften und Englisch ab der 6. Klasse unterrichtet würde. Im Gegenzug könnten nach Bothe-Wenk die Grundlagenfächer Deutsch und Mathematik stärker gewichtet werden. Die Riehener Bildungspolitikerin tritt aber zurückhaltender auf als Biedert. Generell möchte sie wis-

sen, wie die aktuelle Sprachenstrategie hinsichtlich ihrer Effizienz «grundsätzlich überprüft und ergebnisorientiert angepasst» werden könnte.

Die Ergebnisse aus den Befragungen der drei Kantone sollen eine Grundlage für die fachliche und politische Diskussion über das Fremdsprachenkonzept bieten. Eine vertiefte Analyse soll Anfang 2026 vorliegen. Erst dann dürfte Biederts Motion auch im Baselbieter Landrat traktiert werden. Wichtig wäre es aber, «dass wir mit Basel-Stadt einen gemeinsamen Weg finden», sagt SP-Fraktionspräsident Adil Koller.

Sollte der Landrat die Motion überweisen, so müsste die Baselbieter Regierung innerhalb von zwei Jahren eine Vorlage ausarbeiten und dem Parlament vorlegen. Der Verzicht auf das Frühfranzösisch würde wohl auch den Austritt des Kantons aus dem Harmos-Konkordat bedingen.